

Europa nach dem Brexit - für eine Union der Bürgerinnen und Bürger

Die CDU Deutschlands bedauert das Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich, respektiert jedoch den Willen der Mehrheit der britischen Bevölkerung. Das Vereinigte Königreich ist zweitgrößter EU-Nettozahler, außenpolitisches Schwergewicht und ein wichtiger Verbündeter Deutschlands in Fragen des Binnenmarktes und Handels (Dienstleistungsfreiheit, CETA, TTIP), der Energiepolitik (Strombinnenmarkt), einer marktorientierten Landwirtschaft und der Subsidiarität (soziales Europa, aber keine Sozialunion). Die Brexit-Verhandlungen müssen deshalb mit Bedacht geführt werden. Die EU hat sehr großes Interesse an einer weiterhin möglichst engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich. Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt ist aber, dass das Vereinigte Königreich alle vier Freiheiten akzeptiert.

Für den Fall des Brexits fordern wir:

- eine entsprechende Verkleinerung des Europäischen Parlaments. Bestrebungen, die 73 Europaabgeordneten auf andere Mitgliedsländer zu verteilen und es bei 751 Abgeordneten zu belassen, erteilen wir eine Absage. Davon würde nur Deutschland nicht profitieren, das die vertragliche Obergrenze von 96 Abgeordneten bereits erreicht hat.
- ein stärkeres Europa für wenige Kernthemen: Die EU muss den Bürgerinnen und Bürgern dienen. Sie wollen ein starkes und geeintes Europa in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit europäischen, schlagkräftigen Konzepten der Terrorabwehr. Eine fortschreitende Globalisierung erfordert zudem einen engeren Schulterschluss auch in Energie- und Forschungsfragen sowie europäisch vernetzte Verkehrsinfrastrukturen. Kernthemen der Zukunft sind zudem die Vollendung des Binnenmarktes und seine räumliche Erweiterung durch Handelserleichterungen mit anderen starken Wirtschaftsregionen der Welt. Gerade für Binnenmarkt- und Handelsfragen fordern wir – unter Achtung der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge – mehr EU-Kompetenzen. Eine Blockade von Freihandelsabkommen durch einzelne Staaten oder Regionalparlamente muss der Vergangenheit angehören.
- Eine klare Absage an die Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen: Ohne die Briten wird Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen müssen. Gleichzeitig wird es aber

aufgrund neuer Mehrheiten schwieriger, finanziellen Begehrlichkeiten der Kohäsions- und südeuropäischen Länder entgegenzuwirken. Es fehlen wichtige Stimmen in Rat und Parlament für eine liberale, wirtschaftliche Ausrichtung und gegen den Weg in eine finanzielle Transferunion. Umso dringlicher ist es, die Europäische Union auf die wichtigen Kernfragen zu konzentrieren und allen Bestrebungen in Richtung Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen sowie finanziellen Transfermechanismen eine sehr deutliche Absage zu erteilen. Sonst würde der europäische Zusammenhalt eher gefährdet als gefördert.

- Pragmatismus in der Europäischen Zusammenarbeit: Europäische Vertiefungsdiskussionen sind angesichts der britischen Entscheidung kontraproduktiv für die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung. Die Europapolitik der CDU basiert grundsätzlich auf der Gemeinschaftsmethode, die Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz gewährleistet.

Die CDU betont, dass die Europäische Union für eine gute Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist und bleibt. Nur gemeinsam können wir im Interesse unserer Nationen und Völker die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen und die sich bietenden Chancen nutzen. Nur gemeinsam haben wir eine Stimme, die in der Welt Gehör findet.